



Ukraine braucht dringend Geld von EU, Selenskyj: „Es geht um unser Überleben“

Der ukrainische Präsident sagt: Die EU muss das konfiszierte russische Geld anzapfen. Trump solle das auch tun und wenigstens fünf Milliarden Dollar schicken.

Michael Maier

13.11.2025 13.11.2025, 18:01 Uhr



Auslandsgeheimdienstchef Oleh Ivashchenko mit Präsident Wolodymyr Selenskyj (l.) am 12. November in Kiew

www.imago-images.de

Die Ukraine kämpft ums finanzielle Überleben. Neue Finanzspritzen aus der Europäischen Union (EU) seien eine „Frage unseres Überlebens“ sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einem Interview mit Bloomberg TV. Selenskyj appellierte an die EU-Verbündeten, ihre Differenzen bezüglich der Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte beizulegen. Er betonte, dass die neuen Finanzmittel für seine vom Krieg schwer getroffene Wirtschaft unerlässlich seien, um den Kampf gegen Moskau fortsetzen zu können.

Die Verwendung der Vermögenswerte sei „fair“, weil Russland den Krieg begonnen habe und ihn fortsetzen wolle: „Wir haben kein zusätzliches Geld, und das ist der richtige Weg – und das ist fair“, sagte der ukrainische Präsident. Die Ukraine würde das Geld für „den Wiederaufbau, die Luftverteidigung und die Drohnen-Produktion“ verwenden. „Ich hoffe, dass wir diese Entscheidung erreichen“, sagte Selenskyj in Kiew. Andernfalls „müssen wir eine Alternative finden, es geht um unser Überleben. Deshalb brauchen wir diese Mittel

dringend. Und ich zähle auf unsere Partner.“

Selenskyj regte an, auch die USA sollten die dort eingefrorenen russischen Assets verwerten und an die Ukraine überweisen. Der amerikanische Präsident Donald Trump könne ein „gutes Signal“ an die europäischen Staats- und Regierungschefs senden, indem er die in den USA eingefrorenen Milliardenbeträge an russischen Vermögenswerten nutze. Trump besitze „mehr als fünf Milliarden Dollar an Vermögenswerten, vielleicht entscheidet er sich, dieses Geld auszugeben – das würde helfen“, sagte Selenskyj. Frühere US-Maßnahmen wie die Energiesanktionen hätten „auch europäische Partner zu entscheidenden Entscheidungen veranlasst“, sagte er.

Die EU hat die Abstimmung über die Freigabe russischer Staatsvermögen zur Bereitstellung von 140 Milliarden Euro an Krediten für die Ukraine bis Dezember verschoben. Die Ukraine benötigt die neuen Finanzmittel bis Anfang nächsten Jahres. Belgien verlangt, dass alle anderen EU-Staaten auch für die Kredite haften, weil Belgien im Fall der nicht ganz auszuschließenden Uneinbringbarkeit der Kredite der finanzielle Zusammenbruch droht.

EU-Wirtschaftskommissar Valdis Dombrovskis warnte vergangene Woche, dass die EU der Ukraine eine glaubwürdige Finanzierungszusage geben müsse, um neue Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Kiew freizugeben. Der IWF hat Gespräche mit der Ukraine über ein Hilfspaket aufgenommen, das sich auf bis zu acht Milliarden US-Dollar belaufen könnte. IWF-Kredite sind allerdings an Kriterien gebunden. Daher hat Selenskyj dieser Tage unter anderem seinen Justizminister wegen Korruptionsvorwürfen gefeuert.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.